

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## IV. Quartal 2011

Abgeschlossen am 31. Dezember 2011 • E-Mail-Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Die europäische Banken- und Schuldenkrise verunsichert weiterhin die Märkte. Dies und die beginnende weltweite Konjunkturabschwächung veranlassen die Ratingagenturen zu weiteren Herabstufungen. Um der Vertrauenskrise im Euro-Raum entgegenzuwirken, beschließen die Euro-Länder strengere Auflagen und Kontrollen der nationalen Haushalte. Innerhalb der nächsten Monate müssen sie eine "Schuldenbremse" in die Verfassung aufnehmen. Nach dem Regierungswechsel in Italien und Griechenland ist zu hoffen, dass beide Länder den Defizitabbau umsetzen und bewältigen. Ein weiteres politisches Risiko birgt die Einschränkung der Unabhängigkeit der Zentralbank durch die rechtskonservative Regierung in Ungarn. Das beabsichtigte Freihandelsabkommen der "Transpazifischen strategischen wirtschaftlichen Partnerschaft" könnte eine Vorstufe eines asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraumes werden.

**4. Oktober:** Die Ratingagentur Moody's stuft die Kreditwürdigkeit Italiens um 3 Stufen auf A2 herab. Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft des Euro-Raumes, die Staatsverschuldung beträgt 1,9 Bio. €.

**5. Oktober:** In Griechenland findet ein Generalstreik gegen das Sparpaket der Regierung statt.

**6. Oktober:** Um der Konjunkturabschwächung entgegen zu wirken, nimmt die Bank of England das 2010 abgeschlossene Programm des "quantitative easing" wieder auf. In den nächsten vier Monaten plant die Bank, Vermögenstitel von Finanzinstituten im Ausmaß von 75 Mrd. £ anzukaufen. Die Bank of England wird dann solche Papiere im Umfang von 275 Mrd. £ halten. Dies entspricht einem Viertel der ausstehenden Papiere der Finanzinstitutionen.

**7. Oktober:** Die Ratingagentur Fitch setzt aufgrund der niedrigen Wachstumsaussichten und der hohen Arbeitslosigkeit das Rating der Bonität Spaniens um 2 Stufen auf AA- herab.

Italiens Kreditwürdigkeit wird um eine Stufe auf A+ herabgestuft.

**10. Oktober:** Die französisch-belgische Dexia Bank wird wegen massiver finanzieller Probleme neu strukturiert. Riskante Wertpapiere im Ausmaß von 95 Mrd. € werden in eine Bad Bank ausgelagert. Der belgische Staat übernimmt die belgische Bank (Dexia Banque Belgique) um 4 Mrd. €. Die Bank wird mit Staatsgarantien von 90 Mrd. € über 10 Jahre ausgestattet. Diese werden zu 60,5% von Belgien, zu 36,5% von Frankreich und zu 3% von Luxemburg bereitgestellt.

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ergeht an Thomas J. Sargent (New York University) und Christopher A. Sims (Princeton University) für ihre empirische Forschung zu Ursachen und Wirkungen in der Makroökonomie und zur Bedeutung von Erwartungen bei Entscheidungen.

**12. Oktober:** Die Experten der Troika (EU, EZB, IWF) schließt die Überprüfung des griechischen Sanierungsprogrammes mit einer positiven Bewertung ab, sodass die Auszahlung der nächsten Kredittranche möglich ist. 2011 wird Griechenland das Defizit-

### Ausland

Italien: Rating

Griechenland: Generalstreik

Großbritannien: "quantitative easing"

Spanien: Rating

Dexia Bank

Nobelpreis

Troika: Griechenland

ziel nicht erreichen, 2012 ist eine Senkung des Defizits auf 14,9 Mrd. € möglich. In den Folgejahren werden zusätzliche Budgetmaßnahmen notwendig sein, die Mitte 2012 beschlossen werden.

USA: Freihandelsverträge

**12. Oktober:** Der Kongress der USA ratifiziert Freihandelsverträge mit Südkorea, Kolumbien und Panama. Die USA erwarten eine Exportsteigerung um jährlich 13 Mrd. \$, größtenteils durch die neuen Absatzmöglichkeiten in Südkorea und vor allem im Bereich der Agrarprodukte, für die die Zollsätze von bisher bis zu 54% auf 9% gesenkt werden. In den nächsten fünf Jahren sollen die Zölle für 95% der gegenseitig gehandelten Waren beseitigt werden; um die eigene Autoindustrie zu schützen, behalten sich die USA vor, künftig wieder Zölle auf diese Güter einzuführen.

Slowakei: European Financial Stability Facility

**13. Oktober:** Das slowakische Parlament stimmt in einer zweiten Abstimmung der Erweiterung der European Financial Stability Facility (EFSF) auf 440 Mrd. € zu, nachdem eine erste Abstimmung einige Tage zuvor ein negatives Votum brachte. Für ihre Zustimmung bedingt sich die Opposition Neuwahlen im März 2012 aus. Alle 17 an der EFSF beteiligten Länder haben nun ihre Zustimmung zu dieser Erweiterung gegeben.

"Occupy Wall Street"

**15. Oktober:** Die Mitte September 2011 in den USA entstandene Protestbewegung "Occupy Wall Street" organisiert einen weltweiten Aktionstag, an dem in rund 1.000 Städten weltweit gegen soziale Ungerechtigkeit und eine zu bankenfreundliche Wirtschaftspolitik demonstriert wird.

G 20: Schuldenkrise

**17. Oktober:** Die Direktoren der Notenbanken und die Finanzminister der G-20-Länder fordern eine schnelle Lösung der Schuldenkrise im Euro-Raum, um eine Ausbreitung auf die Weltkonjunktur zu verhindern.

Japan: Wiederaufbau

**25. Oktober:** Die japanische Regierung beschließt einen dritten Nachtragshaushalt von 12 Bio. Yen (2,5% des BIP) für den Wiederaufbau der vom Erdbeben und dem Tsunami am 11. März betroffenen Gebiete. Bisher wurden für Hilfeleistungen öffentliche Mittel von 6 Bio. Yen aufgewandt.

Euro-Raum: Maßnahmenpaket

**26.-27. Oktober:** Anlässlich eines Gipfeltreffens der 17 Euro-Länder wird ein Maßnahmenpaket gegen die Schulden- und Bankenkrise beschlossen. Es umfasst einen freiwilligen Schuldenschnitt für Griechenland im Ausmaß von 50%, das dadurch seine Schuldenlast bis 2020 von derzeit 170% des BIP auf 120% senken soll. Gemessen am Nominalwert beträgt der Verzicht der Banken 100 Mrd. €. Dabei werden die Euro-Länder bis zu 30 Mrd. € für die Absicherung des Schuldentausches zur Verfügung stellen. Bis Ende 2011 soll eine Aufstockung des "Rettungsschirmes" ausgearbeitet werden. Systemrelevante Banken sollen bis Juni 2012 eine Eigenkapitalquote von 9% erreichen, wobei die Mittel über den Kapitalmarkt aufgebracht werden. Verfehlt ein Institut dieses Ziel, so stellen die Euro-Länder Liquidität zur Verfügung. Die Länder des Euro-Raumes werden bis spätestens 2012 eine "Schuldenbremse" im Verfassungs- oder gleichwertigem Rang umsetzen, um einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Weltbevölkerung

**Ende Oktober:** Nach Berechnungen der UNO leben nun 7 Mrd. Menschen auf der Erde. 1804 betrug die Weltbevölkerung 1 Mrd., von 1999 bis 2011 wuchs sie um 1 Mrd.

Europäische Zentralbank: Mario Draghi

**1. November:** Der Italiener Mario Draghi übernimmt nach Claude Trichet das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Ursprünglich war Axel Weber als Nachfolger von Claude Trichet vorgesehen, er hat jedoch sein Amt als Präsident der Deutschen Bundesbank mit Ende April 2011 zurückgelegt.

Griechenland: Referendum

Der griechische Ministerpräsident Papandreou kündigt ein Referendum über die am 27. Oktober anlässlich des Gipfeltreffens beschlossene Schuldenvereinbarung an. Ein negatives Ergebnis würde implizit ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion bedeuten.

Griechenland: Referendum

**3. November:** Der griechische Ministerpräsident zieht das vor wenigen Tagen angekündigte Referendum über die Ratifizierung des Darlehensvertrages zurück.

G 20: Gipfeltreffen

**3.-4. November:** In Cannes findet ein Gipfeltreffen der 20 führenden Industrieländer (G 20) statt. Hauptthemen sind die weltweite Konjunkturabschwächung, die makroökonomischen Ungleichgewichte und die Flexibilisierung der Wechselkurse. Um künftig die globalisierten Finanzmärkte besser kontrollieren zu können und das Problem eines "too big to fail" von Banken zu vermeiden, werden dem von den G 20 einge-

richteten Financial Stability Board neue Aufgaben zugewiesen. Eine Vereinbarung über Intensität und Wirksamkeit der Aufsicht über weltweit 29 systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFI)<sup>1)</sup> wird beschlossen. Die Liste dieser Großbanken wird jährlich überprüft. Um ein Konkursverfahren dieser Institute möglich zu machen, werden nationale Konkursverfahren kompatibel gemacht. Für die genannten Großbanken müssen bis 2012 Abwicklungspläne aufgestellt werden. Ab 2016 müssen diese Banken ein höheres Eigenkapitalerfordernis erfüllen: Abhängig von Risiko, Umfang und Struktur der Bank muss zusätzliches Eigenkapital zwischen 1% und 2,5% gehalten werden. Spekulationsgeschäfte und Aktivitäten von Finanzakteuren ohne Banklizenz, die in der Kreditintermediation tätig sind (Schattenbanken), müssen besser kontrolliert werden.

Bis 2015 sollen die Sonderziehungsrechte (SDR) des Internationalen Währungsfonds neu organisiert werden. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen Italiens wird unter verstärkter Beobachtung des IWF gestellt.

**8. November:** Die Ratingagentur Moody's senkt die Kreditwürdigkeit von Zypern auf Baa3. Diese Bewertung liegt nur mehr eine Stufe über Sub Investment Grade (Junk Bonds, "Ramsch"-Niveau).

**9. November:** Die Europäische Zentralbank senkt die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Die Einlagefazilität beträgt nun 0,5%, die Hauptrefinanzierungfazilität 1,25%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierung 2%.

Der griechische Ministerpräsident Papandreou tritt zurück.

**12. November:** Die Ratingagentur Standard & Poor's stuft die Bonität Frankreichs irrtümlich herab.

**12.-13. November:** Anlässlich des Gipfeltreffens der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) in Honolulu einigen sich 10 der 21 APEC-Länder (die Gruppe der Transpazifischen strategischen wirtschaftlichen Partnerschaft TPP, die USA, Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam, Australien, Neuseeland, Chile, Peru und Japan) auf die Grundzüge eines umfassenden Freihandelsabkommens zum Abbau der Handelshemmnisse und zum Schutz des geistigen Eigentums, das bis 2012 abgeschlossen werden soll. Kanada und Mexiko zeigen Interesse, der Partnerschaft beizutreten.

**16. November:** In Griechenland wird die Übergangsregierung der Koalition der nationalen Einheit unter Ministerpräsident Lucas Papademos, dem früheren Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, vom Parlament bestätigt. In seiner Regierungserklärung weist Papademos darauf hin, dass nur 136 Mrd. € der Staatsschulden im Ausmaß von 366 Mrd. € von ausländischen Banken und privaten Anlegern gehalten werden. Ein Schuldenschnitt um 50% würde die Staatsverschuldung um nur 20% Abbau verringern. Die großen Verluste heimischer Banken, die staatliche Anleihen von über 60 Mrd. € halten, müssten ausgeglichen werden.

Die französische Nationalversammlung verabschiedet das Budget 2012. Die Neuverschuldung soll von derzeit 5,7% auf 4,5% des BIP verringert werden und 2013 3% des BIP erreichen. 2016 wird ein ausgeglichener Haushalt angestrebt. Dazu müssen 100 Mrd. € eingespart werden. In den kommenden Jahren werden Einsparungen und Steuermaßnahmen von 10 Mrd. € wirksam.

In Italien wird Mario Monti zum Ministerpräsidenten sowie zum Wirtschafts- und Finanzminister bestellt. Der Wirtschaftswissenschaftler löst Silvio Berlusconi ab, der am 12. November nach einer Regierungszeit von 17 Jahren zurückgetreten ist.

IWF: Sonderziehungsrechte

Zypern: Rating

Europäische Zentralbank:  
Leitzinssätze

Griechenland: Papandreou

Frankreich: Rating

APEC, TPP:  
Freihandelsabkommen

Griechenland:  
Übergangsregierung

Frankreich: Budget 2012

Italien: Regierungswechsel

<sup>1)</sup> Bank of America, Bank of China, Bank of New York Mellon, Banque Populaire CdE, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank, Dexia, Goldman Sachs, Groupe Crédit Agricole, HSBC, ING Bank, JP Morgan Chase, Lloyds Banking Group, Mitsubishi UFJ FG, Mizuho FG, Morgan Stanley, Nordea, Royal Bank of Scotland, Santander Group, Société Générale, State Street, Sumitomo Mitsui FG, UBS, Unicredit Group, Wells Fargo.

Europäische Kommission:  
Eurobonds

**23. November:** Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen als gemeinsame Emission von Staatsanleihen der Euro-Länder. Untersucht wird der vollständige oder teilweise Ersatz nationaler Emissionen durch die Emission von Stabilitätsanleihen mit gesamtschuldnerischer oder teilschuldnerischer Garantie<sup>2)</sup>.

Griechenland: Hilfspaket

**29. November:** Die Finanzminister der Euro-Länder und der IWF beschließen, die 6. Tranche (8 Mrd. €) des Hilfspaketes an Griechenland auszuzahlen.

Griechenland: Generalstreik

**1. Dezember:** In Griechenland findet ein weiterer Generalstreik gegen das Sparpaket statt.

Italien: Korrekturhaushalt

**4. Dezember:** Die italienische Regierung verabschiedet einen Korrekturhaushalt, der die Neuverschuldung von derzeit 4% des BIP auf 2,3% 2012 und 1,2% 2013 verringern soll. Die öffentliche Verschuldung soll von 120,5 Mrd. € 2011 und 2012 auf 118,7 Mrd. € im Jahr 2013 sinken.

Euro-Länder, EFSF: Ratings

**6. Dezember:** Standard & Poor's kündigen an, die Bonität der Staatsanleihen der Euro-Länder und das Rating der EFSF zu überprüfen. Kurz- und langfristige Anleihen von Euro-Ländern werden auf "credit watch with negative implication" gesetzt<sup>3)</sup>.

Slowakei: Schuldenbremse

**8. Dezember:** Das Parlament der Slowakei verabschiedet fast einstimmig ein Verfassungsgesetz über die Verschuldungsobergrenze. Sie wird ab 2017 mit 60% des BIP und von 2018 bis 2028 mit 50% des BIP festgelegt. Ab einer Staatsverschuldung von 53% des BIP tritt ein im Voraus definiertes Sparpaket in Kraft. Ab einer Staatsschuldenquote 57% muss ein ausgeglichener Staatshaushalt präsentiert werden, sonst wird im Parlament zwingend die Vertrauensfrage gestellt. Ein unabhängiger Kontrollrat soll die Einhaltung der Budgetziele der Zentral- und Regionalverwaltung kontrollieren. Der Schuldenstand liegt mit Jahresende bei 44% des BIP.

Europäische Zentralbank:  
Liquidität

**8. Dezember:** Die Europäische Zentralbank stellt dem Bankensystem zusätzliche Liquidität zur Verfügung. Sie führt zwei langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 36 Monaten durch, erweitert die Akzeptanz an Sicherheiten und entzieht weniger Liquidität.

Europäischer Rat: Fiskalpakt

**8.-9. Dezember:** Im Europäischen Rat einigen sich die EU-Länder auf neue Regeln zur Stärkung der finanzpolitischen Disziplin auf nationaler Ebene (Fiskalpakt). Eine Verankerung in den EU-Verträgen, die Einstimmigkeit voraussetzen würde, scheitert jedoch an der Ablehnung durch Großbritannien. Die Euro-Länder verpflichten sich, das strukturelle (um Konjunktoreinflüsse bereinigte) Defizit nicht über 0,5% des BIP steigen zu lassen und diese Vorschrift in der Verfassung (oder einem gleichwertigen Rang) zu verankern. Bei Überschreitung der Defizitziele muss ein automatischer Korrekturmechanismus greifen (z. B. vordefinierte Ausgabensenkungen bzw. Steuererhöhungen). Die Europäische Kommission gibt den EU-Ländern einen Zeitplan zur Erreichung des Referenzwertes vor. Die Umsetzung in nationales Recht wird vom Europäischen Gerichtshof überwacht. Zur Überwindung der Schuldenkrise im Euro-Raum wird der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der als permanenter Rettungsschirm die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) ablösen soll, um ein Jahr vorgezogen und bereits im Juni 2012 in Kraft treten. Die EFSF kann bis Mitte 2013 Hilfsprogramme finanzieren bzw. weiterführen. Während dieser Übergangszeit werden die Rettungsschirme eine gemeinsame Obergrenze von 500 Mrd. € nicht überschreiten; eine Überprüfung im März 2012 könnte eine weitere Aufstockung zur Folge haben. Die Beteiligung von privaten Gläubigern an Hilfsaktionen wird künftig nach den Grundsätzen und Verfahren des IWF erfolgen (d. h. nur in Ausnahmefällen). Damit ist der Schuldenschnitt für Griechenland eine einmalige Ausnahme. Über die Hilfsmittel des ESM wird mit qualifizierter Mehrheit von 85% des gezeichneten EZB-Kapitals abgestimmt, ein Veto ist somit nur über Deutschland, Frankreich oder Italien möglich. Um die Ressourcen des Internationalen Währungsfonds sicherzustellen, könnten Euro- und EU-Länder dem IWF zusätzliche Mittel von bis zu 200 Mrd. € in Form von bilateralen Darlehen zur Verfügung stellen.

<sup>2)</sup> COM(2011) 818 final – GREEN PAPER on the feasibility of introducing Stability Bonds, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/consultation/stability\\_bonds/pdf/green-pepr-stability-bonds\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/consultation/stability_bonds/pdf/green-pepr-stability-bonds_en.pdf).

<sup>3)</sup> Die Bonität dieser Papiere wird demnach mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% herabgestuft werden.

Kroatien wird der EU am 1. Juli 2013 als 28. Mitglied beitreten.

**11. Dezember:** Anlässlich der Klimakonferenz der UNO in Durban einigen sich alle Länder, die bisher das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben (einschließlich der USA, Chinas und Indiens), bis 2015 ein rechtsverbindliches internationales Klimaschutzabkommen auszuhandeln. Die bisherigen Unterzeichnerländer des Ende 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls beschließen, das Protokoll auf der Folgekonferenz in Katar 2012 zu verlängern und bis 2015 ein international verbindliches Klimaschutzabkommen auszuhandeln, das 2020 in Kraft treten soll. Eine Arbeitsgruppe wird mit der Vorbereitung beauftragt. Der in Cancún beschlossene Green Climate Fund (GCF), der Nichtindustrieländer unterstützen soll, Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels zu finanzieren, soll 2012 seine Arbeit aufnehmen. Ab 2020 sollen dem Fonds jährlich 100 Mrd. \$ zur Verfügung stehen. Die Finanzierung ist jedoch ungewiss.

**12. Dezember:** Die EU beschließt den "Sixpack" (MEMO/11/898), ein Rechtspaket, das den Stabilitätspakt vor allem in Bezug auf Einhaltung und Kontrolle der nationalen Haushalte verschärft<sup>4)</sup>.

**14. Dezember:** Zum zweiten Mal in diesem Quartal senkt die Europäische Zentralbank die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Die Einlagefazilität beträgt 0,25%, die Hauptrefinanzierungsfazilität 1%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierung 1,75%.

Die OPEC erhöht ihre Gesamtfördermenge für das 1. Halbjahr 2012 auf 30 Mio. Barrel pro Tag, ohne den Mitgliedsländern Quoten zuzuordnen.

**16. Dezember:** Der Internationale Währungsfond und die EU brechen die Gespräche mit Ungarn über Finanzhilfe im Ausmaß von 15 bis 20 Mrd. € ohne offizielle Begründung ab. Nach einem Gesetzesentwurf der rechtsnationalen Regierung soll die in der geltenden Rechtsform politisch unabhängige ungarische Nationalbank aufgelöst und mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde zusammengelegt werden. Ungarns Wirtschaftspolitik sei kein Thema bei Gesprächen mit dem IWF, so der Ministerpräsident.

**19. Dezember:** Nach 18-jährigen Verhandlungen wird Russland als 154. Mitgliedsland in der Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen.

Die Euro-Länder bestätigen, dass sie dem IWF 150 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stellen werden.

**21. Dezember:** Die Ratingagentur Standard & Poor's setzt aufgrund der politischen Unsicherheit die Bonität Ungarns auf BB+ mit einem negativen Ausblick herab.

**22. Dezember:** Der European Systemic Risk Board (ESRB) warnt vor einer drohenden Einschränkung der Kreditversorgung, da die Banken die Eigenkapitalvorgabe von 9% der Bilanzsumme auch durch eine Senkung der Bilanzsumme erreichen könnten.

**23. Dezember:** Der Kongress der USA verlängert Teile der seit 2009 geltenden Konjunkturstütze (Recovery and Reinvestment Act)<sup>5)</sup> um zwei Monate und stellt damit 33 Mrd. \$ zur Unterstützung der Nachfrage zur Verfügung. So werden die Lohnabgaben der Unselbständigen für weitere zwei Monate bei 4,2% statt 6,2% belassen. Sollte das Programm 2012 weiterlaufen, werden private Haushalte mit einem Jahreseinkommen unter 50.000 \$ Zuschüsse von jeweils 1.000 \$ erhalten. Die Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung wird vorerst bei 99 Wochen belassen, in Zeiten guter Konjunktur liegt die Frist bei 29 Wochen.

**28. Dezember:** China will japanischen Handelspartnern freistellen, ihre Geschäfte in Yuan abzuwickeln. Bisher war die Verrechnung ausschließlich in Dollar möglich. Die chinesische Regierung spricht sich dafür aus, die chinesische Währung im internationalen Handel unter Beobachtung der Marktprinzipien verstärkt einzusetzen.

Kroatien: EU-Beitritt

UNO-Klimakonferenz

EU: "Sixpack"

Europäische Zentralbank:  
Leitzinssätze

OPEC: Fördermenge

Ungarn: Finanzhilfe

WTO: Russland

IWF, Euro-Länder

Ungarn: Rating

European Systemic Risk  
Board

USA: Konjunkturstütze

China: Yuan

Ungarn: Notenbank

<sup>4)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2011", WIFO-Monatsberichte, 2011, 85(10), S. 638, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/42732>.

<sup>5)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2009", WIFO-Monatsbericht, 2009, 83(4), S. 243, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/35583>.

**30. Dezember:** Das ungarische Parlament beschließt gegen den Willen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank zwei Gesetze, die die Unabhängigkeit der Notenbank beschränken und der Politik Einfluss auf die Entscheidungen der Notenbank ermöglichen. Mittelfristig wird die Notenbank mit der Finanzregulierungsbehörde zusammengelegt.

## Österreich

Erste Group Bank AG:  
Konzernergebnis

**10. Oktober:** Die Erste Group Bank AG kündigt für das Jahr 2011 einen Verlust des Konzerns von 700 bis 800 Mio. € an, der auf wesentliche Aufwendungen für Unternehmensabschreibungen in Ungarn und Rumänien sowie die Risikovorsorge in Ungarn zurückgeht. Ende Juli wurde nach Bekanntgabe des Betriebsergebnisses für das 1. Halbjahr noch ein Nettogewinn von 850 bis 950 Mio. € erwartet.

Österreichische Volksbanken AG: Konzernergebnis

**13. Oktober:** Die Österreichische Volksbanken AG erwartet für 2011 einen Jahresverlust von 900 Mio. €.

Bundesfinanzgesetz 2012

**18. November:** Das Bundesfinanzgesetz 2012 – BFG 2012 wird vom Nationalrat beschlossen. Der Bundesvoranschlag sieht für 2012 Ausgaben von 73,6 Mrd. € (2011: 70,2 Mrd. €) und Einnahmen von 64,4 Mrd. € vor (2011: 62,5 Mrd. €). Das administrative Defizit des Bundes wird 9,2 Mrd. € bzw. 3% des BIP betragen (2011: 2,6%), das Maastricht-Defizit des Bundes wird von 3,1% 2011 auf 2,6% des BIP gesenkt. Die Verschuldungsquote für den Gesamtstaat steigt von 73,6% (2011) auf 74,6% des BIP.

Der Bundesvoranschlag 2012 baut auf dem Konsolidierungspaket vom Herbst 2010 auf. Bis 2015 werden demnach zusätzliche Ausgaben für Wissenschaft, Forschung, Bildung, Umweltschutz und Infrastrukturinvestitionen aufgebracht:

- 80 Mio. € für die Universitäten und Fachhochschulen im Rahmen der Offensivprogramme,
- 100 Mio. € an Sondermitteln für die Forschungsförderung (einschließlich steuerlicher Förderungen),
- 80 Mio. € an Offensivmitteln für den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen,
- bedeutende Mittel für die flächendeckende Umstellung der Hauptschulen auf neue Mittelschulen,
- 15 Mio. € für den Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren,
- 150 Mio. € für Pflegefonds,
- rund 1.940 Mio. € für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik.
- Der Klima- und Energiefonds wird 2012 in Summe mit 175 Mio. € dotiert.
- Für die Förderung der thermischen Sanierung werden insgesamt 100 Mio. € zur Verfügung gestellt.
- Für den Ausbau und den Betrieb der Bahnen sind im Bundeshaushalt 2012 1.685 Mio. € vorgesehen.

Zu den Bereichen mit den höchsten Ausgaben gehören die Sozialversicherung mit 10,2 Mrd. €, die Hoheitsverwaltung mit 9,9 Mrd. € und die Finanzierungen mit 8 Mrd. €.

Rechnungshof:  
Verwaltungsreform 2011

**1. Dezember:** Der Rechnungshof veröffentlicht ein Positionspapier zur Verwaltungsreform 2011<sup>4)</sup> und weist auf Ineffizienzen im derzeitigen föderalen Verwaltungssystem, auf Optimierungspotentiale und den dringenden Handlungsbedarf hin. Der Bericht umfasst 599 Reformvorschläge zu Sachbereichen wie Gesundheit, Schulwesen,

<sup>4)</sup> Rechnungshof, Verwaltungsreform 2011, Reihe 2011/1, Wien, 2011.

Förderungswesen, Sicherheit, Justiz und zu allgemeinen Reformthemen wie Aufgabenkritik, Straffung der Behördenorganisation, Reform der Finanzverfassung, Haushaltsrecht und Entlastung der Wirtschaft. Mit diesem Papier wird eine Zwischenbilanz der seit 2009 tagenden Arbeitsgruppe "Verwaltung neu" gezogen.

**7. Dezember:** Die "Schuldenbremse" wird von den Regierungsparteien im Bundeshaushaltsgesetz 2013 verankert, nachdem für ein Verfassungsgesetz keine Mehrheit gefunden wurde. Das strukturelle Defizit des Bundes einschließlich Sozialversicherungen und ausgegliederter Rechtsträger des Bundes wird damit ab 2017 auf höchstens 0,35% des BIP begrenzt. Überschreitet das Kontrollkonto 1,35% des BIP, so sind konjunkturgerechte Rückführungen vorgesehen. Das BIP ist ex ante von einer unabhängigen wissenschaftlichen Institution und ex post durch Statistik Austria festzustellen. In Jahren mit außergewöhnlichen Notsituationen oder Naturkatastrophen werden Abweichungen ermöglicht, jedoch müssen so entstandene höhere Defizite konjunkturadäquat zurückgeführt werden. Das strukturelle Defizit der Länder und Gemeinden darf 0,1% des BIP nicht überschreiten. In einem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung ersucht, dies mit einer Vereinbarung laut § 15-a-B VG zu erreichen<sup>7)</sup>. Um dieses Ziel bis 2017 zu erreichen, muss der strukturelle Saldo im Durchschnitt 2011/2013 um 0,75% des BIP p. a. verbessert werden, danach um 0,5% p. a.

"Schuldenbremse"

**11. Dezember:** Die Westbahn GmbH der Rail Holding nimmt den Betrieb auf der Strecke Wien–Freilassing auf (14-mal täglich). Das private Bahnunternehmen, das zu je 25,93% dem Unternehmer Hans-Peter Haselsteiner, dem Westbahn-Geschäftsführer Stefan Wehinger und der französischen Staatsbahn SNCF sowie zu 22,21% den Schweizer Finanzinvestoren Augusta Holding gehört, ist der erste Konkurrent der ÖBB auf einer Hauptstrecke in Österreich.

Westbahn GmbH

**21. Dezember:** Wissenschaftsminister Töchterle gibt bekannt, dass das Gesamtbudget der Universitäten für den Zeitraum 2013/2015 um 300 Mio. € erhöht wird. Zur Umsetzung der Maßnahmen des Hochschulplanes<sup>8)</sup> stehen für diesen Zeitraum weitere 450 Mrd. € bereit, die in den Hochschulplan-Strukturfonds fließen werden. Die "Hochschulmilliarde" setzt sich aus diesen Mitteln und den im Oktober 2010 anlässlich der Regierungsklausur in Loipersdorf beschlossenen Offensivmitteln von 240 Mio. € zusammen.

"Hochschulmilliarde"

<sup>7)</sup> Gemäß § 15a BV-G können Bund und Länder Vereinbarungen über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbereiches schließen.

<sup>8)</sup> Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Zur Entwicklung und Dynamisierung der österreichischen Hochschullandschaft: eine Außensicht, Wien, 2011, [http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user\\_upload/aussendung/expertenbericht/Quelldokument\\_Bericht\\_ExpertInnen\\_Final\\_110822.pdf](http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/aussendung/expertenbericht/Quelldokument_Bericht_ExpertInnen_Final_110822.pdf).